

HA 12.4.13

Arroganz der Macht

Der Senat muss der Bürgerschaft in Sachen **Elbphilharmonie** mehr Zeit geben

⚡ Eine absolute Mehrheit ist für eine Regierungspartei eine feine Sache. Frei von jeglichen Zwängen, die Koalitionen immer mit sich bringen, kann sie ihre politischen Ziele durchsetzen. Was für die Politik komfortabel ist, sehen die Wähler in Deutschland aber mit Skepsis. Nicht nur aus historischen Gründen, sondern auch im stets aktuellen Interesse einer gewissen demokratischen Balance machen sie die Konzentration der Macht auf eine Partei oder eine Person zu einer aussterbenden Spezies. Nur in einem einzigen von 16 Bundesländern kommt der Regierungschef daher noch ohne Partner aus: Olaf Scholz in Hamburg.

Dies, sowie die Tatsache, dass er gleichzeitig auch Landesvorsitzender der SPD ist, hat ihm den Beinamen „König Olaf“ eingebracht. Wer Scholz' bescheidenen Lebensstil und seine unpräzisen Auftritte kennt, kann darüber nur den Kopf schütteln. Nicht ganz von der Hand zu weisen ist der Vergleich jedoch mit Blick auf seine Machtfülle, die er selbstbewusst anzuwenden weiß. Die Akzeptanz des Bürgermeisters in der Bevölkerung ist daher auch davon abhängig, inwiefern er diese Position überstrapaziert oder ob er Andersdenkende innerhalb und außerhalb des Parlaments in seine Entscheidungen mit einbezieht und sie darüber informiert.

Dass er damit ein grundsätzliches Problem hat, kann man dem Scholz-Senat nicht vorwerfen. Er agiert in einigen Bereichen sogar transparenter als alle seine Vorgänger. In Sachen Elbphilharmonie zeigt der Senat je-

doch eine besorgniserregende Arroganz gegenüber dem vom Volk gewählten Souverän, der Bürgerschaft.

Seit vollen zwei Jahren hat der Senat sich mit Hochtief gestritten, hat Ultimaten gestellt und dann verstreichen lassen, hat Absichtserklärungen unterschrieben, dann aber wieder verworfen, hat eine Entscheidung angekündigt, die sich dann als erneute Absichtserklärung entpuppte, hat den

ANDREAS DEY



Der Autor ist Redakteur im Bereich Landespolitik Foto: Bodig

Abschluss von Verträgen angekündigt, und dann gab es doch nur einen Vertragsentwurf, und zuletzt hatte er für den 9. April der Bürgerschaft eine Drucksache und jede Menge Akten versprochen. Doch auch das wurde nichts, stattdessen sollte es Ende April werden. Nur ein Termin stand felsenfest: der 30. Juni – der Tag, bis zu dem die Bürgerschaft die Neuordnung des Projekts und die damit verbundene Kostensteigerung um 200 Millionen Euro abnicken soll, weil andernfalls die neuen Verträge hinfällig wären. Mit Verlaub: So geht das nicht!

Die Elbphilharmonie ist das für das Image Hamburgs bedeutendste Projekt, und ein sehr teures dazu. Ihr Bau wurde 2007 einstimmig beschlossen, und auch danach gab es trotz allen Streits im Detail eine breite politische Mehrheit, die hinter dieser Entscheidung stand und sie in die Stadt hineinrug. Diesen Konsens gefährdet Scholz nun, indem er das Parlament unter einen enormen Zeitdruck setzt. Wie sollen Feierabendabgeordnete innerhalb von vier Wochen beurteilen können, wofür der Senat zwei Jahre, diverse Gutachten und Heere von Juristen brauchte? Wie sollen sie so schnell Tausende Akten studieren, aus denen möglicherweise hervorgeht, warum die Einigung mit Hochtief besser ist als die Kündigung?

Sicher muss es auf der Baustelle schnell weitergehen, weil jeder Tag Geld kostet. Aber wenn wir eines über die Elbphilharmonie gelernt haben, dann, dass aus dieser Ungeduld heraus mehrfach übereilte, falsche Entscheidungen getroffen wurden. Die für Hochtief scheint auf den ersten Blick zwar nicht falsch zu sein. Aber wenn Scholz Wert darauf legt, dass die Bürgerschaft das nicht nur mit knapper SPD-Mehrheit abnickt, sondern mit breiter Mehrheit guten Gewissens zustimmt, dann muss er ihr mehr Zeit für den zweiten Blick geben. Am Donnerstag hat er nun angeboten, die Akten schneller vorzulegen. Ein erster Schritt, immerhin. Aber warum ist das nicht längst geschehen?

Manager loben Bürgermeister Scholz

HA 17.4.13

Die Arbeit der Wirtschaftsbehörde kommt in einer **Umfrage des Unternehmensverbands Nord** aber nicht so gut weg

HAMBURG :: Die Wirtschaft in der Hansestadt ist mit der Arbeit des SPD-Senats zufriedener als je zuvor. 86 Prozent der Unternehmen haben sich positiv über den Gesamtssenat und insbesondere über Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) geäußert. Das ergibt eine aktuelle Umfrage des Unternehmensverbands (UV) Nord. Demnach ist die Zustimmung gewachsen. Im vergangenen Jahr lag die Zufriedenheit bei 78 Prozent. Hauptgründe für die Zufriedenheit seien die Art von Scholz zu regieren, seine öffentliche Präsenz, aber auch sein unprätentiöses Auftreten, sagte der Präsident des UV Nord, Uli Wachholtz, bei der Vorstellung der Umfrageergebnisse am Dienstag. „Die Unternehmen bescheinigen dem Bürgermeister zudem eine lösungsorientierte und innovative politische Arbeit“, sagte Wachholtz.

So einheitlich die Zustimmung für den Bürgermeister ist, so unterschied-

lich bewerten Hamburgs Unternehmer die einzelnen Behörden und Senatoren. Auffallend sind dabei die große Zustimmung für Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) und eine für die Wirtschaft auffallend reservierte Beurteilung der Arbeit der Wirtschaftsbehörde. Diese landet wie schon bei der Umfrage 2012 nur im hinteren Mittelfeld des Senatoren-Rankings.

Senator Frank Horch (parteilos) selbst wird als kompetent und engagiert bezeichnet. „Als verbesserungswürdig werden aber die Anstrengungen zum leistungsfähigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genannt“, so der UV-Nord-Chef. „Die Unternehmen erwarten erkennbare Fortschritte hinsichtlich der Instandhaltung und Neubaumaßnahmen.“ Kritisiert wurden laut Umfrage zudem eine fehlende Mittelstandspolitik und wenige Innovationsimpulse in der Hansestadt. Auch die Hamburgische Wirtschaftsförderungs-

gesellschaft (HWF) hat aus Sicht der befragten Manager Entwicklungspotenzial. Die Clusterpolitik müsse sichtbarer nach außen transportiert werden, stattdessen stelle Hamburg auf wichtigen Messen mehr den Tourismus in den Vordergrund, wurde bemängelt. „Zudem gibt es keine funktionierende Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung in Schleswig-Holstein“, kritisierte Wachholtz. Der Streit über die Windmesse und den Hafenschlick müsse beigelegt werden. Insgesamt haben sich 35 Hamburger Unternehmer mit

zusammen mehr als 30.000 Beschäftigten an der Umfrage beteiligt. Überraschend positiv wurde dabei die Arbeit von Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) bewertet. Die Befragten lobten die Fachkräfteinitiative, mit der sich Hamburg gegen einen Personalmangel stemmt. Sein Einsatz zur Integration von Migranten sowie die Einführung der Jugendberufsagentur wurden positiv bewertet. In der Sozialpolitik fahre Scheele einen klaren Kurs.

Ebenfalls positiv wurden Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) sowie Kultursenatorin Barbara Kisseler (parteilos) bewertet. Im Mittelfeld landeten vor Horch Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt, Justizsenatorin Jana Schiedek sowie Innensenator Michael Neumann. Die hinteren Plätze belegten Umweltsenatorin Jutta Blankau, Gesundheitsministerin Cornelia Prüfer-Storcks sowie Schulsenator Ties Rabe (alle SPD). (mk)



Uli Wachholtz
führt seit 2009 als
Präsident den
UV Nord Foto: Joost